

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

29 (3.2.1950)

WINSER TAG

Aus dem Inhalt:

Die Hintermänner

Atlantikpakt-Lieferungen — ohne das Volk

Beachten Sie in unserer Samstag-Ausgabe unseren

neuen Roman

„Die Goldene Kugel“

Südwest-Verlag e. G. m. b. H., Offenburg, Friedrichstr. 36. Fernruf 2207. Druck: Badische Verlag GmbH, Mannheim, S 3, 10. Fernruf 43260. Chefredakteur: Hermann Jerrtrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12. Fernruf 2249. Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 36; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einchl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste, 8. Anzeigen werden entgegengekommen in allen Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 29

Freitag, 3. Februar 1950

Preis 15 Pf.

Deutsche Jugend durch Rekrutierungs-Agenten bedroht

KPD-Bundestagsfraktion fordert Aufschluß von Regierung über die Söldnerwerbung für fremde Armeen in Westdeutschland

Bonn. (EB) Nach ausländischen Pressemeldungen werden monatlich 2000 bis 2500 junge Deutsche für den Söldnerdienst in fremden Armeen angeworben. Wenn dies der Fall ist, dann sind ausländische Agenturen in Westdeutschland zur Rekrutierung tätig. Die kommunistische Fraktion im Bundestag hat unter Darlegung der entsprechenden Presseveröffentlichungen von der Bundesregierung Aufschluß und Stellungnahme über diesen skandalösen Zustand gefordert.

Die Anfrage der kommunistischen Bundestagsfraktion lautet: Das „Essener Tageblatt“ hat in seiner Nummer vom 30. Januar 1950 unter dem Titel

„Deutsche Rekruten für 6 Länder“
Oberkommission billigte Anwerbung — Agenten verpflichten monatlich 2000 junge Deutsche

die nachstehende Meldung gebracht:

„Zürich, 29. Januar. Ein aufsehenerregender Bericht der „Luzerner Neuesten Nachrichten“ stellt fest, daß Agenten aus sechs Ländern monatlich 2000—2500 junge Deutsche zum Waffendienst anwerben. Deutsche Vorschläge, die Anwerbung von Deutschen für fremden Kriegsdienst zu verbieten, sind durch die Oberkommission abgelehnt worden.“

Das Schweizer Blatt stellt fest, daß nach dieser Weigerung der Oberkommission, die Söldnerwerbung für fremde Armeen, in erster Linie für die französische Fremdenlegion, dann aber auch für militärische Zwecke amerikanischer und asiatischer, hauptsächlich arabischer Staaten, in Westdeutschland ungehindert weitergehen könne.

Das Blatt macht auf den Paragraphen des deutschen Strafgesetzbuches aufmerksam, durch den ausländische Söldnerwerbung ausdrücklich verboten wurde. Dieser Paragraph sei jedoch durch eine Kontrollratsverordnung außer Kraft gesetzt worden.

Neben den französischen Werbemännern wirken auf dem Boden der Bundesrepublik

mindestens noch Agenten von sechs anderen Staaten. Darunter befänden sich auch spanische und argentinische Vertreter. Während 1945/46 noch zahlreiche Abenteuerer, Landsknechtstypen und kriminelle Elemente in den Dienst unter fremder Fahne eingetreten seien, handle es sich jetzt meist um Erwerbslose und Volksdeutsche aus dem Osten, die in besonders elenden Verhältnissen lebten und die Hoffnung auf eine menschenwürdige Existenz aufgegeben hätten.“

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag über folgende Fragen Auskunft zu erteilen:

Regierung gegen fortschrittliche Sozialversicherung

Erstes „Sozialgesetz“ der Bonner Regierung reaktionärer als zu Bismarcks Zeiten

Bonn. (EB) Wenn sich die Arbeiterschaft nicht dagegen wehrt, wird ihr die soziale Reaktion einen Wechsel vorlegen, den sie allein bezahlen muß. Dies stellte der kommunistische Abg. Oskar Müller in der Debatte um einen Regierungsentwurf fest, der sich kühn „Gesetz zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung“ nennt. Diese Vorlage hat die Tendenz den Kampf der Unternehmer gegen eine fortschrittliche soziale Gesetzgebung in der Frage der Selbstverwaltung zu unterstützen. Mit welchem Recht verlangt man in dem Gesetzentwurf den gleichen Anteil an Unternehmerstimmen in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung? fragte Oskar Müller. Vor allem, wenn man unter Berufung auf die sogenannten Arbeitgeberanteile

„Diese „Arbeitgeberanteile“ sind vom Unternehmer dem Arbeiter entzogene Lohnanteile, die sich der Arbeiter mühselig erarbeitet hat.“

Der Regierungsentwurf des Kabinetts Adenauer gehe noch hinter die Sozialgesetzgebung Bismarcks zurück, die die Aufgabe hatte der aufstrebenden Arbeiter-

bewegung einen Damm entgegenzusetzen, fuhr Oskar Müller fort. Dem Kabinetts Adenauer bleibe es vorbehalten, erkämpfte Rechte der Arbeiter wieder rückgängig zu machen. Daß zur Unterstützung dieser reaktionären Regierung sich ein christlicher Gewerkschaftssekretär, wie der ehemalige Arbeitsminister von Hessen, Arndgen (CDU) ebenso bereit findet, wie das Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) Dr. Wellhausen (FDP) sei besonders traurig. Beide hätten sich besonders für den Entwurf der Millionärsgesetzgebung in der Deutschen Demokratischen Republik herabzusetzen versucht.

Dem gegenüber stellte Oskar Müller fest, daß auch viele christliche Gewerkschaftler die Sozialversicherung in der Deutschen Demokratischen Republik als vorbildlich bezeichnet hätten. Die Forderung nach Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung müsse nach wie vor das Kampfprogramm aller fortschrittlichen Kräfte sein. Eine Steigerung der Leistungen und eine Herabsetzung der Verwaltungskosten werde mit der Vereinheitlichung erreicht. Der Versuch der Unternehmer, sich durch den Gesetzentwurf des Kabinetts Adenauer weitere unerhörte Vorteile zu verschaffen, muß in den Betrieben und von den Gewerkschaften abgelehnt werden. Der Kampf aller Schaffenden muß Kurs nehmen auf eine einheitliche Sozialversicherung, die den wohlverdienenden Rechten der Werktätigen entspricht.

Der sozialdemokratische Abg. Richter wandte sich ebenfalls entschieden gegen den Regierungsentwurf und forderte, daß wie vor 1933 die Arbeiter mit zwei Drittel und die Unternehmer nur mit einem Drittel Stimmen an der Selbstverwaltung beteiligt sein müßten.

Gewaltige Kundgebung für Pressefreiheit in Berlin

Der Hauptangeklagte im Demontageprozeß sprach auf der Kundgebung der deutschen Presse / Freiheit der Presse wird in Westdeutschland mit Füßen getreten

Berlin. (EB) Zu einer gewaltigen Protest-Demonstration gegen den britischen Demontage-Prozeß in Hannover gestaltete sich die vom Verband der deutschen Presse einberufene öffentliche Kundgebung in Berlin. Auf der Kundgebung sprach der Hauptangeklagte des Schauprozesses in Hannover, der Chefredakteur der von den britischen Besatzungsbehörden verbotenen „Niedersächsischen Volksstimme“, Werner Sterzenbach, das Mitglied des Vorstandes des VDP, Chefredakteur Wilhelm Ackermann und der bekannte Publizist Albert Norden.

Über tausend Journalisten der in- und ausländischen Presse, Männer, Frauen und Jugendliche brachten dem Chefredakteur der „Niedersächsischen Volksstimme“ langanhaltende Ovationen dar. Werner Sterzenbach überbrachte der Kundgebung die Grüße der westdeutschen fortschrittlichen Journalisten und insbesondere seiner Mitangeklagten im Hannoverischen Schauprozess. Sterzenbach schilderte eingehend, wie es zu dem Demontage-Prozeß in Hannover gekommen war und berichtete dann von der Knebelung der fortschrittlichen Presse in Westdeutschland durch das Gesetz Nr. 5, das einzig dazu dient, die demokratische Presse mundtot zu machen. Der Prozeßverlauf, sagte Sterzenbach, habe erwiesen, daß die Freiheit der Presse in Westdeutschland mit Füßen getreten wird und die britischen Militär-Behörden nichts

unversucht lassen, die Stimme des deutschen Volkes zu ersticken.

Unter stürmischem Beifall der Kundgebungs-Teilnehmer rief Sterzenbach aus: „Wir werden den Kampf um die Pressefreiheit in Westdeutschland mit allen demokratischen Mitteln weiter fortführen und in Wort und Schrift die Rechte der westdeutschen Arbeiterschaft auf Erhaltung ihrer Arbeitsplätze verteidigen.“

Das Vorstandsmitglied des Verbandes der deutschen Presse, Wilhelm Ackermann, stellte anschließend fest, daß das Gesetz Nr. 5 nichts anderes als Kautschuk-Begriffe enthalte, die von den westalliierten Gesetzgebern beliebig angewendet werden können. Dieses „Gesetz“ richtet sich nicht nur gegen die fortschrittliche Presse, sondern greife tief in das gesamte gesellschaftliche

Leben und die Rechte der westdeutschen Bevölkerung ein.

„Auf die Anklagebank in Hannover gehören nicht die sieben Arbeiter-Funktionäre und Redakteure der „Niedersächsischen Volksstimme“, sondern die Ankläger selbst“, rief der bekannte Publizist Albert Norden unter anhaltendem Beifall der Kundgebungs-Teilnehmer aus. Norden machte die im Dienste des anglo-amerikanischen Imperialismus stehende Presse in Westdeutschland dafür verantwortlich, daß sie mitschuldig am wirtschaftlichen und sozialen Niedergang in einem Teil Deutschlands sei.

Bielefelder Streik gegen ein Schandurteil

30 000 Arbeiter demonstrierten und forderten wirkliche Bestrafung der Gestapohenker Kaufmann und Rethemeier, die zwölf Antifaschisten aufs Schafott schickten

Bielefeld. (Nach dpa und EB). Die Werktätigen Bielefelds führten gegen das Schandurteil, das vom Schwurgericht im Prozeß gegen die ehemaligen Bielefelder Gestapobeamten Kaufmann und Rethemeier gefällt wurde, einen einmütigen Proteststreik durch. Zu der von den Gewerkschaften einberufenen Protestkundgebung hatten sich 30 000 Arbeiter eingefunden.

Auf dem Marsch von den Betrieben zum Kundgebungsplatz führte die Arbeiter Galgen mit, an denen Puppen hingen, womit zum Ausdruck gebracht wurde, welches Urteil für die beiden Gestapohenker fällig gewesen wäre, die zwölf Antifaschisten aufs Schafott geschickt und ihren Opfern insgesamt 350 Jahre Zuchthaus verschafft hatten.

Der frühere Gestaposekretär Karl Kaufmann wurde zu nur einhalb Jahren

Zuchthaus wegen Aussageerpressung unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Das Verfahren gegen den Gestapo-Assistenten Otto Rethemeier wurde sogar unter Berufung auf das Amnestiegesetz eingestellt.

Nach der riesigen Protestkundgebung formierte sich ein Demonstrationzug, der vor das Bielefelder Schwurgericht zog. Die Oberstaatsanwaltschaft teilte einer Delegation der Demonstranten mit, daß sie gegen das Urteil Revision beim Obergericht in Köln eingelegt habe.

Deutschlandtreffen findet weltweiten Widerhall

Erich Honecker über die Tagung des Weltjugendbundes

Berlin. Das Deutschlandtreffen der Jugend, das zu Pfingsten 1950 in Berlin stattfinden wird, habe in allen demokratischen Ländern großen Widerhall gefunden, erklärte Erich Honecker, Vorsitzender der Freien Deutschen Jugend, auf einer Pressekonferenz. Bis jetzt haben Jugendorganisationen aus der Sowjetunion, China, Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Italien, Oesterreich, Griechenland, dem republikanischen Spanien und den skandinavischen Ländern die Teilnahme von Delegationen zugesagt.

E. Honecker berichtete auf der Pressekonferenz über die Tagung des Exekutivkomitees des Weltbundes der demokratischen Jugend in Bukarest, an der er teilgenommen hatte. Die Tagung beschäftigte sich hauptsächlich mit der sozialen Lage der Kinder. Honecker teilte mit, daß der Weltjugendbund gemeinsam mit der Internationalen Frauenföderation am 1. Juni 1950 erstmalig einen internationalen Kindertag durchführen wird, der den Kampf der Jugendlichen in den kapitalistischen Ländern um einen höheren Lebensstandard unterstützen soll.

Die Lage der Kinder in den dem Marshallplan unterworfenen Ländern sei grau-

voll. Honecker wies auf das marshallisierte Italien hin, wo durch unzureichende Ernährung und mangelnde Hygiene 70 Prozent der neugeborenen Kinder von Ausschlag befallen werden. Auf der Insel Sizilien werden zehnjährige Kinder zu schwerer Arbeit in den Bergwerken unter Tage gezwungen. Die Folge sind meist schwere körperliche Schäden und vorzeitiger physischer Verbrauch. Die Säuglingssterblichkeit ist in fast allen vom Kapitalismus unterworfenen Ländern enorm hoch. In Argentinien sterben 20 Prozent aller Säuglinge im ersten Jahr. In Syrien sogar 45 Prozent.

Aber auch in den USA ist die Lage der Kinder nicht viel besser. Auch hier ist es keine Seltenheit, daß zehn- bis vierzehnjährige Kinder in Fabriken arbeiten, wo sie nur einen Bruchteil des normalen Lohnes bekommen.

Im Gegensatz zu den Jugenddelegierten aus den kapitalistischen Ländern konnten die Vertreter der Sowjetunion und der volkdemokratischen Länder auf die großzügige Förderung der Jugend und die liebevolle Fürsorge für die Kinder in ihren Ländern hinweisen.

Hirohito ist Kriegsverbrecher

Sowjetunion fordert Verfahren

Washington. Der sowjetische Botschafter in Washington, Alexander Panjuschkin, hat in einer Unterredung mit Außenminister Acheson vorgeschlagen, daß weitere Japaner einschließlich des Kaisers Hirohito als „Kriegsverbrecher“ vor Gericht gestellt werden. Die Sowjetunion fordert, daß Hirohito wegen seiner Verantwortung für die Vorbereitung der bakteriologischen Kriegsführung vor einen internationalen Gerichtshof gestellt wird.

Die sowjetische Forderung auf weitere Kriegsverbrecherverfahren in Japan ist in einer Note enthalten, die Panjuschkin dem amerikanischen Außenminister Acheson am Mittwochabend übergab. Diese Note beschäftigt sich mit den in der Sowjetunion durchgeführten Kriegsverbrecherprozessen gegen Vorbereitung des Bakterienkrieges. (Nach Reuter)

Erster Schneesturm seit 80 Jahren

Las Palmas. (Kanarische Inseln.) Die Stadt Las Palmas erlebte am Dienstag zum ersten Male seit 80 Jahren einen Schneesturm. Der Schnee soll an einigen Stellen eineinhalb Meter hoch liegen.

Im Streiflicht gesehen

Koffer mit Rembrandt- und Dürerzeichnungen beschlagnahmt

Lübeck. Die Lübecker Kriminalpolizei hat in Verfolg der Bildersmuggelläre auf eine vertrauliche Mitteilung hin in einer Lübecker Bank einen zweiten Koffer mit 144 Kupferstichen, Zeichnungen und Bildern beschlagnahmt. Unter den wertvollen Kunstgegenständen waren 32 Zeichnungen von Rembrandt, 45 von Dürer, 110 Kupferstiche von Chodowiecki, ein Kupferstich von Raffael, eine Zeichnung von Lucas Cranach und drei Oel- und Aquarellstudien von Menzel. Außerdem wurde eine ganze Reihe von Zeichnungen von Dürerschülern gefunden. Die Werke sind zum größten Teil aus dem Rahmen herausgeschnitten. Sie stammen aus Museen in Greifswald, Stralsund und Schwerin.

Neunzehnjähriger auf großer Fahrt

Flensburg. Der neunzehnjährige Schüler Rolf Genthner aus Pforzheim wurde am Dienstag von der schwedischen Polizei den deutschen Behörden in Flensburg ausgeliefert. Er war vor einigen Monaten illegal nach Schweden eingewandert.

Bereits seit August 1948 ist der Neunzehnjährige auf großer Fahrt. Er hatte sich einem Transport deutscher Arbeiter nach Frankreich angeschlossen, gelangte mit Hilfe der Heilsarmee nach Le Havre und fuhr als Schiffsjunge nach Spanien. Dort wurde er fast ein Jahr lang in einem Lager fest-

gehalten. Nachdem er in einem spanischen Erzbergwerk gearbeitet hatte, gelang es ihm, im September vor. Js. auf einem schwedischen Dampfer „England“ nach Schweden zu fahren, wo er sich in einem Flüchtlingslager meldete. Er wird sich in Kürze vor einem deutschen Gericht wegen illegalen Grenzübertretts verantworten müssen.

Holländisches Transportflugzeug brennend in die Nordsee gestürzt

Den Haag. Ein holländisches Transportflugzeug ist am Donnerstagmorgen auf dem Flug von Amsterdam nach London etwa 80 Kilometer westlich von den Haag brennend in die Nordsee abgestürzt.

Die Holländische Luftfahrtgesellschaft KLM bestätigte, daß sich an Bord der abgestürzten Transportmaschine sieben Mann Besatzung befanden, davon sechs zur Flugausbildung. Das Flugzeug hatte keine Passagiere an Bord.

Die Wrackteile der abgestürzten Maschine sind aufgefunden worden. (Nach Reuter)

Zwei Fälscherbanden in München ausgehoben

München. (dpa.) Die amerikanische Polizei hat in München zwei Gruppen von Fälschern verhaftet. Sie hatten Gutscheine zum Ankauf von Zigaretten in den amerikanischen PX-Läden im Werte von 50 000 DM hergestellt.

Die Hintermänner

Dem Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ entnehmen wir die nachstehenden Ausführungen: Die Westpresse tobt. Es ist nicht das schlechteste Zeichen, wenn sie ihre Wut an der Deutschen Demokratischen Republik auslassen sucht. Für unsere junge Republik natürlich.

Was ist geschehen? Das schaffende Volk unseres Staates redet nicht mehr nur vom Kampf gegen Saboteure, Brandstifter und anglo-amerikanische Agenten. Es läßt den Worten immer mehr die Tat folgen und schießt sich nun an, für diesen entscheidenden Kampf wirksame Organe zu schaffen. Das ist gut so. Unser Volk strebt nach Glück und Wohlstand, nach einem friedlichen Leben, ohne Krisen und Kriege. Sein Weg ist klar vorgezeichnet. Es kann dahin aber nur gelangen, wenn es sich schonungslos seiner Feinde im eigenen Land entledigt, die sich heute und in der nächsten Zukunft hauptsächlich als Spione, Saboteure und Brandstifter bemerkbar machen.

Das ist sozusagen ganz zwangsläufig. Je mehr der amerikanische Imperialismus, dieser Hauptfeind unserer Republik und unseres Volkes, seine besten Kräfte in Gestalt der Hickmann, Witte, König usw. wegschwimmen sieht, um so brutaler geht er zu offenen, terroristischen Aktionen über. Glaube er bislang noch, mit Hilfe dieser Reaktionäre — um in seiner Sprache zu reden — ganz „legal“ die Front von innen aufzubrechen zu können, so beginnt er angesichts des zunehmenden Staatsbewußtseins und der politischen Wachsamkeit unseres Volkes immer mehr mit Dynamit und Lunte gegen unsere Republik vorzugehen. Gedungene Agenten und kriminelle Subjekte treten an die Stelle derjenigen, die von der demokratischen Öffentlichkeit als Sprachrohre Adenauers und Schumachers entlarvt wurden und noch entlarvt werden.

Well nun unsere staatlichen Sicherheitsorgane und mit ihnen die demokratische Öffentlichkeit die Augen vor dieser Entwicklung nicht verschließen und energische Gegenmaßnahmen führen, spuckt die Westpresse Gift und Galle. Ist es nicht sonnenklar, daß sie sich vor aller Welt zu Verteidigern anglo-amerikanischer Agenten und Saboteure aufschwingt?

Jeder in unserer Republik entlarvte Reaktionär und jeder gefaßte Agent bekommt von dieser Journaille die Mär vorkrone aufgesetzt. Ausnahmslos erscheinen sie als makellose Unschuldslämmer. Ob es sich dabei um den Millionenschieber Herwegen handelt oder um einen Agenten des Spionagerbüros der SPD-Führung, spielt keine Rolle. Der amerikanische RIAS entblödete sich kürzlich nicht, die geflohenen Wirtschaftsverbrecher aus der Continental Gasgesellschaft vor sein Mikrophon zu zitiern und sie erklären zu lassen, sie hätten ja nur „das Beste“ für die volkseigenen Betriebe gewollt. Herr Schumacher selbst leitete in Westberlin einen großen Propagandarummel für das Oberhaupt dieser Bande, eben den Herrn Herwegen, ein. Gleichzeitig lassen er und seine Presse jeden Halunken, dem der Boden unserer Republik zu heiß wird und der folglich nach Westberlin oder in die Westzonen türmt, als „Widerstandskämpfer“ feiern.

Das dürfte aber doch hinlänglich bekannt ein: „Widerstandskämpfer“ im Schumacherschen und Adenauerschen Sinne ist nur derjenige, der mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Deutsche Demokratische Republik, ihren Volkswirtschaftsplan, gegen die Betriebe des Volkes und jede fortschrittliche Errungenschaft kämpft. Solche „Widerstandskämpfer“ sind — das bezeugen sie selbst — ehrlose anglo-amerikanische Agenten und Schädlinge. Ihre Väter sitzen — auch das bezeugen sie tagtäglich — in Westberliner und westdeutschen Redaktionen, in der SPD-Führung in Hannover und im Kaiserlichen Spionageministerium zu Bonn.

Hat der SPD-Vorsitzende vor kurzem nicht noch einmal ausdrücklich betont, er wolle keine SPD in der Deutschen Demokratischen Republik, er halte von „illegaler Tätigkeit“ (dies: Spionage) mehr? Hat nicht erst gestern Jacob Kaiser seinen „Vertrauensleuten“ (dies: Agenten) in mehr oder minder „verantwortlichen Ämtern“ unserer Republik neue Direktiven gegeben? Die Herren sollen nicht lamentieren, wenn der Arm der Gerechtigkeit zupackt. Die Schuldigen sind in erster Linie sie selbst und ihre anglo-amerikanischen Geldgeber.

Daraus folgt mit Notwendigkeit: Der Kampf gegen Spionage, Sabotage und Agenten des USA-Imperialismus, gegen die Feinde einer friedlichen Zukunft unseres Volkes kann nicht auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik beschränkt bleiben. Er muß von der Nationalen Front in ganz Deutschland geführt werden. Weil ihr dieser Kampf und vor allem seine Aussichten schlotternde Angst einjagen, darum tobt die westlich lizenzierte Meute.

So wird's gemacht

Bonn. (Eig. Ber.) Die sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hubert wurde vorgeschickt, um einmal mehr im Zusammenhang mit der Rückführung von Sonderreferaten für die Rückführung von Deutschen aus Polen und den südosteuropäischen Ländern in Völkerverhetzung und Kriegshetze zu machen. Unter anderem behauptete sie, daß den noch in Polen befindlichen deutschen Eisenbahnern ein Fragebogen vorgelegt würde, in dem sie unter anderem erklären müßten, daß sie sich schämen, Deutsche zu sein und daß sie bereit seien, aus der Kirche auszutreten. Von Journalisten beim Bundestag anschließend befragt, ob sie das Original eines solchen Fragebogens gesehen habe oder die Existenz eines solchen Fragebogens beweisen könne, antwortete sie, man habe das aus Briefen herauslesen können. Das ist Beweis genug für diese sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, ihre Hetze gegen die Volkdemokratie zu betreiben.

Rom. Vier maskierte Räuber hielten unweit von Rom einen Bauern an und raubten ihm Geld und Schmucksachen im Wert von 3000 Lire.

Lendenlamme Regierungserklärung zu einer Lebensfrage

Willi Agartz: „Auf Fischer-Tropsch-Anlagen haben wir den Anspruch des Erstgeburtsrechtes“ — Das Gespenst der Zechenstilllegung und Arbeitslosigkeit könnte abgewehrt werden

Bonn. (EB) „Ich möchte hier aussprechen, was zwar die Alliierten nicht gerne hören mögen, was jedoch alle Deutschen für wahr halten, daß die Behinderung der deutschen Fischer-Tropsch-Produktion einzig und allein Konkurrenzgründen entspringt und nicht dem Bedürfnis der sogenannten Sicherheit.“ Dies erklärte der kommunistische Abgeordnete und bekannte Bergarbeiter-Funktionär Willi Agartz vor dem Bundestag.

Die KPD-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung ersucht wird, dem Bundestag unverzüglich Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der Hohen Kommission zwecks Verlängerung der am 31. Dezember 1949 abgelaufenen Produktions-Erlaubnis für die Krupp-Treibstoff-Werke in Warne-Eickel und in Gastrop-Rauxel. Willi Agartz stellte

weiter fest, daß empfindliche Rohstofflücken in der deutschen Wirtschaft mit Hilfe der Produktion dieser Werke geschlossen werden können. Die Fischer-Tropsch-Synthese ist eine deutsche Erfindung, und da wir in diesem Falle das Erstgeburtsrecht beanspruchen können, ist es um so bedauerlicher, daß die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft an der Entwicklung dieser Produktion nicht mehr beteiligt sein soll.

Agartz befaßte sich dann mit der besonderen Bedeutung, die die Kohlenveredelung für den Bergarbeiter hat. „Wir stehen in Kürze vor der Frage, wie sollen wir unsere Kohlen absetzen. Es macht sich der Beginn einer Kohlschwemme auf dem Welt-Kohlenmarkt bemerkbar. Vor allem minderwertige Kohle, die für die Fischer-Tropsch-Produktion besonders geeignet ist,

wird nicht mehr abgesetzt werden. Das Gespenst der Zechenstilllegung, welches schon jetzt wieder droht, könnte abgewehrt werden, wenn die Produktion wieder anläuft.“ Agartz betont, daß damit der drohenden Arbeitslosigkeit, die zu einer Gefahr für unseren ganzen sozialen Bestand wird, entgegengewirkt werden könne. Agartz schloß: „Die Arbeitsplätze der Fischer-Tropsch-Arbeiter und der Bergarbeiter müssen unter allen Umständen gesichert werden. Die KPD-Fraktion habe deshalb erfahren wollen, welche Bemühungen das Kabinett Adenauer um die Produktions-Erlaubnis gemacht hat. Wenn nötig, muß von allen Deutschen Druck gemacht werden, daß diese Produktions-Erlaubnis, auf die wir jedes Anrecht haben, auch erteilt wird.“

Arbeitsminister Storch hatte vorher eine

lendenlamme Erklärung abgegeben, in der er behauptete, das Kabinett Adenauer bemühe sich um eine Übergangslösung für die Fischer-Tropsch-Betriebe. Der SPD-Abgeordnete Meyer gab bekannt, daß er von Herrn Adenauer nicht einmal eine Antwort auf seine Anfrage, die Fischer-Tropsch-Werke betreffend, erhalten habe, die er als Vertreter dieses Wahlkreises fordern könne. Trotz dieser Erklärung stimmte wiederum ein großer Teil der SPD-Abgeordneten gemeinsam mit den Regierungs-Parteien für den CDU-Antrag, der den kommunistischen Antrag nach den Ausführungen Arbeitsministers Storch für erledigt erklärt.

Geständnisse

„Weil uns Westdeutschland mit Fertigwaren überschwemmt, haben wir jetzt fast 300000 Arbeitslose“, erklärte der Vorsitzende der Westberliner SPD, Franz Neumann. Er vergaß hinzuzufügen: Das konnte geschehen, weil wir die Einheit der Arbeiterklasse in Westberlin verhielten, weil wir Westberlin durch die separate Währungsreform abschürften von der damaligen sowjetischen Besatzungszone, weil wir im antikommunistischen „kalten Krieg“ an der Spitze stehen wollten.

Aber der „kalte Krieg“ genügt ihnen noch nicht einmal. Der Separatist und Oberbürgermeister von Westberlin, Reuter, propagierte mit der Parole: „Berlin ist ein Krieg wert“ den heißen Krieg, und die führende SPD-Funktionärin und Lizenzträgerin des „Telegraf“, Annedore Leber, schmetterte am 17. 8. 1948 den Schlaraffenruf: „Allierte fürchtet euch nicht, wir Berliner stehen vor euch!“ ins imperialistische Kriegslager.

Die Alliierten fürchteten sich nicht; sie bauten und flogen „Luftbrücke“. Die Fluggesellschaften, die Öl- und Benzinströme führten den „anti-kommunistischen Feldzug“ auf die Taschen der Westberliner und westdeutschen Steuerzahler.

Und noch eins erreichten die anti-kommunistischen Kriegshetzer Reuter, Leber, Neumann, Schwennicke u. a.: Sie schufen mit ihrer Spaltungspolitik die Voraussetzung dafür, daß die deutschen Monopolisten Produktionsstätten und Maschinen der AEG, Siemens und anderer Werke per „Luftbrücke“ in Adenauers Separatstaat verlagern konnten. Sie ermöglichten es also selbst, daß die Arbeitsplätze der Werktätigen Westberlins demontiert wurden und öffneten in der Folge der Fertigwarenschwemme aus dem Westen Tür und Tor unter dem Druck der westberliner Wirtschaftskrise und der 300 000 Arbeitslosen sagt heute Neumann:

„Westdeutschland habe nach Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen seit 1949 über Westberlin eine Art von Blockade verhängt, die das Wirtschaftsleben der Westsektoren vollständig ruiniere.“ Nun, das ist eine einfache Sache, heute, in dieser Situation festzustellen, von wem und woher die Blockade nicht nur über Westberlin, sondern auch über die westdeutsche Industrie verhängt wird. Der Marshallplan mit seinen einseitigen Handels- und Marktbeschränkungen — die die Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Fertigwaren bewirken — ist doch eine Art Blockade für die gesamte westdeutsche Wirtschaft.

Die westdeutschen Industriellen unter den Fittichen Adenauers und Erhards versuchen natürlich — nach dem Vorbild der großen ausländischen Monopolisten — ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Teil auf ihren schwächeren Partner — in diesem Falle auf Westberlin — abzuwälzen. Vielleicht wird Dr. Schumacher unter dem Druck der 2 Millionen Arbeitslosen in Adenauers Separatstaat eines Tages auch feststellen, daß diese durch Blockade und Fertigwarenschwemme im Zuge des Marshallplanes produziert worden sind. Aber was nutzt das, wenn diese Politiker gleichzeitig den „kalten Krieg“, den „antikommunistischen Feldzug“ propagieren und damit den Arbeitslosen nichts anderes und nichts Besseres zu bieten haben als die Aussicht auf ein Massengrab?

Es gibt nur einen Weg für die deutschen Werktätigen und die deutsche Wirtschaft, um zu Vollbeschäftigung und Wohlstand zu gelangen, das ist der Weg der deutschen Demokratischen Republik an der Seite der Kräfte des Friedens und des Sozialismus, der Weg des Kampfes für Frieden, Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands. W. F. C.

Mit den Müttern der Welt für den Frieden

Erika Buchmann, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD

Die Remilitarisierungspläne Dr. Adenauers haben vielen bis dahin gleichgültigen Menschen in Westdeutschland die Augen geöffnet. Sie fangen an, die ungesunde Gefahr zu erkennen, der sich die Welt gegenüber sieht. Es ist ihnen klar geworden, daß sie selbst, ihre Familien und ihre Heimat in sehr konkrete Pläne für einen neuen Krieg einbezogen werden sollen. Für diese Erkenntnis spricht beispielsweise auch das Ergebnis einer Umfrage des Emnid-Instituts. Auf die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden oder ihren Mann oder Sohn wieder Soldat werden zu lassen?“, haben im Juni 1949 60,18 Prozent aller Befragten ein klares Nein gegeben. Jetzt hat sich dieser Prozentsatz auf 74,6 Prozent erhöht. Bei den Frauen ist er sogar auf 78,3 Prozent gestiegen.

Zweifelloso ist dieses Resultat zurückzuführen auf die immer massiver werdende Kriegshetze der Imperialisten, die alarmierenden Nachrichten über gesteigerte Rüstungen, die immer unverhüllter zuglühende Absichten, Westdeutschland zur Aufmarschbasis und Rüstungskammer gegen die Sowjetunion und die ihr befreundeten Staaten zu machen. Vielen Menschen ist klar geworden, daß ihre Söhne in fremde Armeen einbezogen und zur Vernichtung der eigenen Heimat, zur Zerstörung des eigenen Heims, zu Mord an den eigenen Eltern, Kindern, Frauen und Geschwistern mißbraucht werden sollen.

Mit derselben kalten Berechnung, mit der die Kapitalisten von Zeit zu Zeit Riesenmengen von Kaffee und Weizen vernichten lassen, um die Preise zu halten, geben sie nun Befehl an ihre Militärs, ihre Atomwissenschaftler, Pläne zur Vernichtung menschlichen Lebens auszuarbeiten. Dieser Tage wurde der Waffenhilfsvertrag der USA unterzeichnet. Amerikanische Mordwerkzeuge sollen nach Europa ge-

bracht und hier gestapelt werden. Die Kapitalisten warten auf den Moment, in dem sie diese Waffen ihrer grauenhaften Bestimmung zuführen können. Sie leben in der Hoffnung, Schwächen in der gewaltigen Friedensfront der 800 Millionen zu dem lange vorbereiteten Start ihres kriegerischen Abenteuers auszunützen zu können. Sie verrechnen sich. Sie stoßen auf organisiertem Widerstand:

Die Freunde des Friedens sind in Aktion getreten. Sie verweigern die Lösung von Waffentransporten, Frankreichs Hafenarbeiter haben sich an die Spitze der Abwehrfront gestellt, ihre Kollegen in Italien, Holland und Dänemark, die Eisenbahner und Transportarbeiter in Schweden solidarisierten sich mit ihnen. Immer größere Massen einfacher Menschen entscheiden sich für den Kampf um den Frieden.

Es ist von ungeheurer Bedeutung, daß die Frauen Frankreichs führend vorangehenden sind. Leidenshaftlich haben 400 Mütter junger Franzosen, die im Krieg der Kapitalisten gegen das Volk Indochina ihr Leben verloren, gegen die Fortführung dieses Krieges protestiert. Dafür, daß sie anderen französischen Müttern das eigene Leid ersparen wollten, dafür, daß sie sich schützend vor die Kinder Indochinas stellten, wurden sie mit Gummiknüppeln auseinander getrieben. Haß gegen die Mörder ihrer Söhne im Herzen, haben sie sich an die Arbeiter Frankreichs gewandt: Keine Waffen, keine Soldaten nach Indochina, nach Indonesien, nach Vietnam!

Heute verteidigen die Arbeiter Frankreichs und Italiens, Schwedens und Hollands mit ihren Aktionen nicht nur das Leben ihrer eigenen Familien, sie schützen auch die Kinder Deutschlands. Je stärker ihr Kampf, um so mehr werden die Kriegstreiber versuchen, Westdeutschland neben dem faschistischen Spanien zum Waffen-

arsenal zu machen. Sie wollen ihre Macht in Westdeutschland, unterstützt von den westdeutschen Imperialisten und Volksfeinden, dazu mißbrauchen, die Männer zur Entladung der Waffen aufzufordern, die gegen ihre eigenen Frauen und Kinder, gegen ihre eigenen Mütter gerichtet werden sollen. Die gemeinsame Abwehr der Männer und Frauen Westdeutschlands muß diesen Versuch von vornherein unmöglich machen.

Die westdeutschen Frauen wollen den Frieden. Sie werden lernen müssen, das Leben zu verteidigen. Nicht ihr Wunsch kann den Frieden garantieren. Ihre Taten allein, ihr Kampf an der Seite ihrer Männer, ihr Kampf in der großen Front der Friedensfreunde in aller Welt kann allein ihr Heim schützen. Westdeutschlands Frauen haben den Beweis zu liefern, daß sie in steigendem Maße verstehen, welche Bedeutung dem Kampf um die Einheit Deutschlands, eines friedliebenden, demokratischen Deutschland zukommt, in dem gewaltigen Ringen zwischen Vernichtung durch die Kapitalisten und der Organisation des Friedens.

Die Frauen der ganzen Welt begehren am 8. März den 40. Internationalen Frauentag als den Friedenstag der Frauen. Sie werden sich in gewaltigen Kundgebungen zusammenfinden. Die Frauen Westdeutschlands werden gegen jeden Plan, ihre Heimat zur Basis eines neuen Krieges machen zu lassen, aufstehen. Sie werden ihren Willen in Entscheidungen an die Parlamente unumverwundlich zum Ausdruck bringen. Sie werden in allen Betrieben, in allen Städten und Dörfern Friedensausschüsse organisieren. Gemeinsam mit den Müttern der Welt werden sie leidenschaftlich ihren Anspruch auf das Leben ihrer Kinder erheben, leidenschaftlich ihren Willen manifestieren, den drohenden Krieg mit allen Mitteln zu verhindern.

Die Folge wären mehr Arbeitslose

Den Sozialdemokraten Arno Scholz und Paul Löbe sind 300 000 Arbeitslose in Westberlin noch nicht genug

„Sperrung der Industrielieferungen an die Ostzone“. Diese Forderung, wobei mit „Ostzone“ die Deutsche Demokratische Republik gemeint war, verkündete die Zeitung „Telegraf“ des Arno Scholz, Paul Löbe, Annedore Leber in Westberlin, in großer Schrift über die ganze Breite an der Spitze des Blattes am vergangenen Sonnabend. Beamte der amerikanischen Hohen Kommission hatten es zuerst gesagt. Der „Telegraf“, fix wie sein Name es verlangt, hat es einem Lautsprecher gleich, ausposaunt.

Die Forderung war vom „Telegraf“ bezeichnet als „Maßnahme gegen Sowjetkollaboranten“. Es paßt dem „Telegraf“ nicht, daß die zuständigen Behörden die Einhaltung der Verkehrsvorschriften beim Betreten und Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik überwachen. Wenn es bisher unterblieben wäre: den Schaden davon hätten auch die Bewohner Westberlins gehabt. Denn so sehr die Kontrollmaßnahmen dazu bestimmt sind, den Aufbau und die Entwicklung der Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik aus eigener Kraft zu sichern: Daß zum Beispiel unerlaubte „Betriebsverlagerungen“ aus Berlin nach dem Westen Deutschlands verhindert wurden, hat manchem Westberliner den Arbeitsplatz gesichert, der sonst auch stempeln würde. Jetzt sind in Westberlin schon mehr als 300 000 arbeitslos.

Es sind wie gesagt, Amerikaner, Beamte der amerikanischen Hohen Kommission, von denen die Forderung ausgesprochen worden ist, die der „Telegraf“ aus vollem Halse in die Welt hinausbricht. Das erinnert an einen Vorgang, der vor kurzer Zeit die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes für sich in Anspruch nahm. Die Demokratische Volksrepublik China wollte einen Auftrag von mehr als 1,8 Millionen Tonnen Stahlschienen der westdeutschen Industrie in Auftrag geben. Die erste Rate sollte 100 000 Tonnen betragen. Die Kontrollinstanz der Westmächte, in der die Amerikaner den maßgeblichen Einfluß ausüben, gab der westdeutschen Industrie nicht die Genehmigung zur Uebernahme dieses Auftrages, der für viele Arbeiter Lohn und Brot auf lange Zeit hin bedeutet hätte. Amerikanische Stahlgesellschaften aber übernahmen den Auftrag und führen ihn aus. Dabei stört es sie garnicht, daß die amerikanische Regierung den Feind des chinesischen Volkes Tschiangkai-schek immer noch nicht fallen gelassen hat, und zum Beispiel immer noch seinen Vertreter im Sicherheitsrat der UNO duldet. Kein amerikanischer Beamter hat verlangt, daß amerikanische Stahlgesellschaften den Schleienauftrag nicht ausführen. Er bedeutet ja weniger Arbeitslose in USA. Dafür bedeutet das Verbot der Uebernahme des Auftrages durch westdeutsche Firmen und

seine Ausführung hier, daß die Zahl der Erwerbslosen bei uns zunimmt. Die gesamte Außenhandel Westdeutschlands droselnde Politik der Besatzungsmächte hat ja in erster Linie und vor allen Dingen den Zweck, die Krisenerscheinungen in den westlichen Staaten vor allen Dingen in Amerika abzuschwächen und mit den amerikanischen Waren, die im Rahmen des Marshallplanes hierher gelangten, auch die Arbeitslosigkeit zu importieren. Für China bedeutet die Einfuhr von Eisenbahnschienen nicht die Einfuhr von Arbeitslosigkeit, ebensowenig wie Einfuhr in andere Länder, die der Herrschaft des Imperialismus entrissen sind, Arbeitslosigkeit bedeutet.

Was die Deutsche Demokratische Republik angeht: sie wünscht nichts sehnlicher, als die engsten wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen Deutschlands, wie es ja ihr und aller guten Deutschen Ziel ist, alles Teile unseres Vaterlandes in einer deutschen demokratischen Republik zu vereinen. Der wirtschaftliche Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich schneller, wenn die Güter, die sie braucht, daher kommen, wo sie früher herkommen, soweit es sich um Westdeutschland handelt.

In der Zeit der von den Westmächten über die damalige Ostzone 1948/49 verhängten Blockade hat sich gezeigt, daß der Aufbau dort nicht aufzuhalten war. Umso weniger würde das heute der Fall sein. Große Hilfe hat beim Aufbau der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik die Sowjetunion geleistet. Ihre eigene Kraft hat ständig zugenommen, vor allem durch das Wachsen des Bewußtseins bei den Arbeitern und Angestellten in den volkseigenen Betrieben.

Wenn in diesen Tagen nach dem Rezept des „Telegraf“ gehandelt worden wäre, oder wenn je so gehandelt werden sollte — nach einem Rezept, das, wie unser Beispiel zeigt, ein amerikanisches Rezept ist, dann würde dadurch mit aller Schwere niemand anders getroffen werden als die Arbeiter, die große Masse des Volkes in Westdeutschland.

Was sich hier der „Telegraf“ geleistet hat, beweist einmal mehr, daß die rechten sozialdemokratischen Führer dem amerikanischen Imperialismus hörig sind. Haß und Krieg predigen sie gegen die Sowjetunion, gegen die volksdemokratischen Länder und gegen das eigene Vaterland, soweit es dem Einfluß des Imperialismus entzogen ist. Den kalten Krieg machen sie mit soweit sie können. Weil sie glauben, die Deutsche Demokratische Republik mit der „Sperrung der Industrielieferungen an die Ostzone“ treffen zu können, geben sie die Losung dazu heraus. Dabei treffen sie zuerst die Arbeiter, die Werktätigen in Westdeutschland und Westberlin. Die Spal-

ung zwischen Ost und West in unseren Vaterlande vertiefen sie dabei. Wo es doch sonnenklar ist, daß die Einheit brennend nottut. Die Einheit sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter in der Aktion beim Kampf um die Verteidigung des Arbeitsplatzes, beim Kampf um höheren Lohn. Not tut die Nationale Front des demokratischen Deutschlands, damit nicht die Imperialisten, die fremden und die deutschen, sondern das Volk allein bestimmt, in welcher Weise es den Außenhandel in Westdeutschland aufbaut, in welcher Weise es eine wirkliche Friedenswirtschaft aufbaut, als die Grundlage des geeinten Deutschlands, der einen Deutschen Demokratischen Republik, als Grundlage für den Frieden. I. H.

Pressestimmen

„Riesiger Schaden an dem moralischen Kredit unseres Landes“

Die Ablehnung der koreanischen Hilfe durch den amerikanischen Kongreß ist das erste, aber nicht unwichtigste praktische Beispiel dafür, wie wir die Zukunft verlieren werden, wenn wir uns um die Gegenwart streiten. Im Gesetzesvorschlag zur koreanischen Hilfe geht es um die Frage, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, einer Verpflichtung nachzukommen, die sie vor dem koreanischen Volk und den Vereinten Nationen auf sich genommen hatten. Ueber allem steht die Frage der Ehre...

Wenn die Äußerung des Senators Knowland stimmt, daß die Koreaner in diesem Falle nur die unschuldigen Zuschauer im Kongreß sind, die in die Feuerlinie geraten“, dann wird es Zeit, daß er einmal Atem halt und sich fragt, was passieren würde, wenn seine Geschosse weiter auf dieser Bahn gefeuert werden.

Was passieren wird, wird ständig unheilvoller klar. Es wird den Vereinigten Staaten unmöglich werden, in Asien irgendeine nützliche Rolle zu spielen. Der koreanische Streitfall wird die übrigen schwachen Nationen lehren, daß die amerikanische Politik jederzeit zufällig umgeworfen werden kann, wenn sie in die Geschobahn der Kongreß-Politik gelangt. Von keinem Volk kann man erwarten, daß es seine Zukunft von der Unbeständigkeit, Unzuverlässigkeit und Unverantwortlichkeit wechselnden Mehrheiten im Kongreß abhängig macht. Von keinem Führer wird man erwarten können, daß er seinen Beruf und sein Leben davon abhängig macht. Ein unberechenbarer aber riesiger Schaden an dem moralischen Kredit unseres Landes wurde uns zugefügt, um den wettzumachen man mehr tun muß, als lediglich das Abstimmungsergebnis zu widerrufen.

Aber es kommt noch schlimmer. Die tatsächliche Auswirkung des Kreuzzuges um

Formosa ist die, daß die Vereinigten Staaten im Fernen Osten isoliert werden. Obgleich Mr. Knowland den Präsidenten nicht überreden konnte, in Formosa zu intervenieren, bringt er es dennoch fertig, dieses Land mit den Ueberresten der Regierung Tschiangs verwickelt zu halten. Indem wir an Tschiang gebunden sind, sind wir jetzt — was China und den Fernen Osten betrifft — von unseren wichtigsten, einzig wirksamen und einflussreichen Alliierten, Großbritannien, Indien und Pakistan getrennt. Wir können unsere Politik nicht aufeinander abstimmen, weil sie mit Tschiang gebrochen haben und wir dies nicht fertig bringen.

Tschiang können wir nicht helfen. Aber dank Senator Knowland und seinen Freunden können wir nichts ohne Tschiang anfangen. Für Tschiang können wir nicht kämpfen, wegen ihm können wir aber auch nicht verhandeln. Das Ergebnis ist, daß unter der Begleitmusik von herzerzitternden Klagen über eine „Politik für Asien“ unsere Politik zwangsläufig darin besteht, daß wir überhaupt keine Politik haben. Es ist nicht erstaunlich, daß diese republikanischen Isolationisten tatsächlich die Vereinigten Staaten von Asien isolieren.

Das gerade will der Kreml vor allen Dingen, aus dem Fernen Osten herausdrücken, damit wir die Konsolidierung seines Imperiums nicht mehr beeinflussen oder stören können. Daß diese republikanischen Senatoren einen viel lauteren antikommunistischen Lärm als irgend jemand anderes nicht verschleiern; sie haben unseren Einfluß in Korea und deshalb auch in anderen verwundbaren Regionen untergraben, und sie zwingen uns, an Tschiangs schlechtes und sinkendes Schiff angebunden, unterzugehen.

Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune“.

Arbeiter und Bauern müssen gemeinsam kämpfen

Aus dem Parteileben

Warum schweigen die Gewerkschaften zur Butterpreiserhöhung?

Freiburg. Bei der gegenwärtigen Unübersichtlichkeit der Gesamtlage auf dem Gebiet der Milchwirtschaft war es bis zur Stunde nicht möglich, eine Erhöhung des Fettgehalts der Milch durchzuführen.

Soweit das Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung, das in der gleichen Verlautbarung und an anderer Stelle die Erhöhung des Butterpreises auf die Tatsache einer geringeren Buttererzeugung zurückführt und über die Milchschwemme, das Sinken der Preise für die Erzeuger und ähnliche „Unübersichtlichkeiten“ durch erhöhte Milcheinfuhren aus dem Ausland klagt. Diese Doppelgesichtigkeit des Ministeriums soll nichts anderes bezwecken als der Unzufriedenheit der Bevölkerung aus dem Wege zu gehen und sich vor dem losbrechenden Sturm durch Ablenkungsmanöver zu retten.

Gewerkschaften können nicht ausweichen

Fassen wir aber noch einmal kurz zusammen, wie sich die Lage auf dem Milch- und Buttersektor in den letzten Wochen entwickelte.

Am Montag der vergangenen Woche erhielten wir den Artikel des Kollegen Reibel vom DGB, der die Bevölkerung fragte, ob sie gewillt sei, für eine qualitativ bessere Milch mehr zu zahlen.

Am Mittwoch gab eine Waldhüterin darauf die Antwort: „Den Milchpreis weiter zu erhöhen, heißt den Arbeiterkindern die für ihre Ernährung so notwendige Milch zu entziehen“. Als dann bekannt wurde, daß zur selben Zeit bereits ein erhöhter Butterpreis in Freiburg verlangt wurde, schrieb „Unser Tag“ am Donnerstag, 28. 1. 50:

„Die Unzufriedenheit der werktätigen Bevölkerung, die unter dem Druck der steigenden Preise, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und des sich immer mehr verstärkenden Elends täglich wächst, fordert den Kampf gegen die Ausbeuter, dem die Gewerkschaften nicht ausweichen dürfen, um endlich den Willen der notleidenden Bevölkerung Rechnung zu tragen.“

Klar und eindeutig erhoben wir dann die Forderung: Höher mit den Löhnen, denn nur dann kommen wir auch zu günstigeren Preisen! Einige Tage darauf schrieben wir:

Um den Lohn muß gekämpft werden

Inzwischen war am 27. 1. 50 durch die westdeutsche Regierung in Bonn der Butterpreis auf DM 5.84 pro Kilo erhöht worden, wobei diese erklärte, daß eine entsprechende Verordnung noch herauskäme bis dahin aber

die alten Preise Gültigkeit hätten. Mit dieser letzteren Parole operierten alle Badischen Tageszeitungen, einschließlich der SPD-Presse. Will man etwa den Eindruck erwecken, als ob die Bonner Spalterregierung nicht höhere Lebensmittelpreise und die Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen sanktionieren wolle? Darüber sollte sich doch jeder Mann klar sein und kein noch so zwiespältiges Geschwätz kann von dieser Tatsache ablenken, daß es der Bonner Regierung nur darauf ankommt, die Interessen der Spekulanten und Kriegstreiber zu sichern und ihr jedes Mittel recht ist, um die breiten Massen noch mehr zu unterdrücken.

Die höhere Ebene!

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß in der Stadt, wie wahrscheinlich überall, die Butter zur Zeit pro Pfund 2.92 kostet.

Die Gewerkschaften aber schweigen auch weiterhin. „Das Volk“ veröffentlicht einen Leserbrief, in dem es heißt, daß auch bei der Milch alles Strauben nichts nützen wird, und an anderer Stelle heißt es im Sinne der rechten SPD-Führer, daß „in Wirklichkeit das Problem auf einer ganz anderen Ebene liegt“. Auf diese Ebene gehen die Leute vom „Volk“ nicht ein, sonst hätte sie deutlich schreiben müssen, daß trotz der Butterpreiserhöhung die Bauern nichts davon erhalten. Aus dieser Tatsache aber gibt es nur einen Schluß zu ziehen:

Den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die marshallierte Preispolitik. Wir dürfen es kein zweites Mal hinnehmen, daß mit der erhöhten Belastung der Massen die reaktionären Kriegstreiber ihre Geschäfte machen. Stehen wir einheitlich und fest zusammen, in den Betrieben und Gewerkschaften, dann gibt es keine Kraft, die den Willen der Bevölkerung zum Kampf für die Besserung ihrer Lage aufhalten kann.

Auf was warten sie noch?

Die Haltung der Gewerkschaften allerdings in der augenblicklichen Situation entspricht weder den Interessen der Erzeuger noch denen der Verbraucher.

Die gesamte Bevölkerung ist in Aufruhr, die Frauen wissen nicht aus noch ein; uns erreichen täglich Briefe aus allen Kreisen, die eine sofortige Aktion für höhere Löhne und gegen die erhöhten Preise fordern, aber von den Gewerkschaften hört man nichts. Auf was warten sie noch? Glauben sie ernstlich, daß die westdeutsche Bevölkerung dieses Totschweigen ihrer Not sich noch lange

ergehen läßt? Wenn dies so wäre, dann wird es allerdings Zeit, daß die gesamte Bevölkerung

aus eigener Initiative zum Rechten

sieht. Die Kommunistische Partei und ihre Presse wird auf keinen Fall schweigen und keine Mühe scheuen, um mit den Methoden der Bonner Regierung und ihrer alleseitigen Handlanger aufzuräumen und die breiten Massen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter zum siegreichen Kampf um höheren Lohn, um das Mitbestimmungsrecht und die Sicherung ihrer gesamten Interessen führen. Sie wird auch dem Bauern auf dem

Wege zur Befreiung vom Druck der in- und ausländischen Monopolisten vorgehen.

Gerade das Beispiel der Butterpreiserhöhung zeigt die Notwendigkeit auf, sofort mit allen Kräften den Weg zu beschreiten, der allein zum Ziel führt, zur Einheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse und der Verbündeten, den Bauern und den gesamten unterdrückten und ausgebeuteten Massen. Damit aber wird auch der Sieg über die imperialistischen Interessen des In- und Auslands untergeordneten kleinen Clique sicher und bald errungen werden. (S. r.)

Auf zum Deutschlandtreffen

FDJ Singen mitten in den Vorbereitungen

Mit Begeisterung ist der Ruf des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend zum Deutschlandtreffen nach Berlin zu kommen, von der FDJ-Gruppe Singen aufgenommen worden. Der Aufruf enthält für alle Mitglieder der FDJ die Verpflichtung, ihre Kräfte im Kampf für den Frieden, Einheit und nationale Unabhängigkeit zu vervielfachen und somit den Spaltnern unserer Heimat, den ausgemachten Feinden der Jugend, die gebührende Antwort zu erteilen.

Darum hat sich die FDJ-Gruppe Singen sofort an die Arbeit gemacht und einen Arbeitsplan bis zum Deutschlandtreffen aufgestellt. Daß es die Gruppe Singen mit ihrem Arbeitsplan ernst nimmt, beweist ihre Aktivität. Bereits können die ersten Erfolge gemeldet werden.

6 neue Mitglieder wurden gewonnen. Zwei FDJ-Betriebsgruppen wurden ins Leben gerufen.

Eine Sing- und Spielgruppe wurde geschaffen. Der Verkauf der „Freien Jugend“ auf 50 Exemplare erhöht.

Eine Gruppe der „Jungen Pioniere“ konnte gegründet werden.

Der Start war gut, nun heißt es vorwärts zu weiteren Erfolgen.

Wir rufen die Singener Jugend auf, gemeinsam mit uns den Kampf zu führen für Frieden, Einheit, nationale Unabhängigkeit und ein besseres Leben. Wir laden die Singener Jugend ein, mit uns

Rundfunkhörer! Achtung!

Heute abend erzählt wieder

Paula Matuschke

Reinemachefrau im „Weißen Haus“ der westdeutschen Hauptklosterstadt Bonn

um 16³⁰ im Deutschlandsender

von ihren Erlebnissen.

Sie hören Paula Matuschke jeden Freitag um 16.30 Uhr.

Hören Sie die sensationellen Enthüllungen der Putzfrau Paula Matuschke!

Hören Sie die Stimme des demokratischen Deutschland! Hören Sie den Deutschlandsender

Arbeiter-Wohlfahrt Emmendingen

Am Dienstag, den 7. Februar 1950, eröffnet die Arbeiter-Wohlfahrt wieder ihre nächste in der Hebelstraße 1 unter Leitung einer Fachkraft. Zunächst finden die nächsten jeweils Dienstags und Freitags von 19.30 bis 22.30 Uhr statt.

UMSCHAU IM LANDE

rend der Güterzug nur noch wenige Minuten entfernt war. Die Schrankenwärterin sprach geistesgegenwärtig dem sich in voller Fahrt nähernden Zug entgegen und gab mit ihrer Laterne Haltsignale. Es gelang, den Zug 15 Meter vor dem Omnibus zum Halten zu bringen.

Omnibus und Schranke wurden beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. Nach einem Bericht der Eisenbahn sollen die Bremsen des Omnibusses versagt haben. Nur durch die Geistesgegenwart der Schrankenwärterin wurde ein größerer Unfall verhindert.

Einladung

Villingen. Der Verband der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentner, Ortsgruppe Villingen, hält am Samstag, den 4. Februar 1950, 20 Uhr im Gasthaus „Zum Löwen“ die diesjährige Generalversammlung ab. Um Erscheinen aller Mitglieder wird dringend gebeten. Auch die betroffenen Nichtmitglieder sind freundlichst eingeladen.

Generalversammlung der „Sängerlust Triberg“

Am vergangenen Sonntagabend eröffnete Vorstand Fidel Frech in den Räumen des Hotels „Tanne“ die diesjährige Hauptversammlung des Gesangsvereins „Sängerlust“. Nach der stillen Gedenkminute für die im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder des Vereins erstattete Schriftführer Theo Dittus Bericht über die letztjährige Hauptversammlung. Der Kassierbericht, den Alex Jackle gab, fand die ungeteilte Zustimmung der Versammlung. Der zweite Vorstand Erich Haug gab in seinem Bericht einen umfassenden Überblick über die internen Geschehnisse im abgelaufenen Vereinsjahr. Anschließend nahm der Vorstand anhand des Jahresberichtes Gelegenheit, der Versammlung einen Überblick über die öffentliche Tätigkeit der „Sängerlust“ im Jahre 1949 zu vermitteln. 25 mal erschien der Verein an der Öffentlichkeit. Konzerte, Rundfunkaufnahmen, Ständchen lösten einander ab.

ergebnis in der Kreisstadt Ueberlingen, das angesichts der vielfachen Spenden zugunsten der Nachbarorganisationen zur Weihnachtszeit als sehr beachtlich und erfreulich festgehalten zu werden verdient. Die helfenden Arme des Roten Kreuzes waren nicht zahlreich genug, um alle Straßen zu begehen. Es ist dem Roten Kreuz jedoch aufrechtzuerkennendes Bedürfnis, der Direktion des Gymnasiums für die zur Verfügung gestellten Helfer und Helferinnen auch auf diesem Wege herzlichen Dank zu sagen. Der gleiche Dank gilt auch der Direktion der Volksschule für die zur Verfügung gestellten Helferinnen.

Aus Gründen der Gerechtigkeit werden diejenigen Straßen noch nachträglich begangen werden, die aus Mangel an Kräften nicht aufgesucht werden konnten. Unter Ver dankung der Spenden aus den Kreisgemeinden ergeht hiermit zugleich die Bitte um Beteiligung der noch ausstehenden Gemeinden an dieser Sammelaktion. Die örtlichen Organisationen des Roten Kreuzes werden zur Mithilfe aufgefordert. Die Bedürfnisse der Flüchtlinge sind noch immer so, daß jede Gabe dankbar willkommen ist.

Alle Gewerkschaftsmitglieder haben Anspruch auf kostenlose Beratung und Rechtsschutz in allen arbeitsrechtlichen und sozialen Fragen.

Mit der Errichtung von Nebenstellen, die auch für Gernsbach und Durmersheim beachtlich sind, soll einem vielseitigen Wunsche der auswärtigen Mitglieder Rechnung getragen werden, um ihnen den Weg nach Rastatt zur Sprechstunde zu ersparen.

In den Versammlungen (Termin für Gernsbach und Durmersheim wird noch bekannt gegeben) wird der geschäftsführende Vorsitzende Wehrle Aufklärung geben über die Umorganisation nach den Satzungen des DGB; auch wird ein Vertreter der Bezirksstelle Baden in Freiburg über die Wirtschaftslage und Aufgaben der Gewerkschaften sprechen.

Gelungener Kappabend der „Einigkeit“ Achern. Den Reigen der Kappensitzungen eröffnete der Volkschor „Einigkeit“ in den „Spiegeläulen“ des Feldschlösschens. Der Einzugs des Elferrates wurde viel beachtet. Nacheinander traten die Mitglieder des Elferrates vor das Mikrofon, um zu verkünden, daß nunmehr die närrische Zeit angebrochen sei. Unter großer Heiterkeit verteilte Prinz Karneval seine Orden und Ehrenzeichen an seine närrischen Untertanen.

Musik und Humor. Büttensreden und gute Stimmung hielten die Teilnehmer bis in die frühen Morgenstunden beisammen. Zweifelloser hat der Volkschor „Einigkeit“ den Beweis erbracht, daß er mit seinen gesanglichen Darbietungen allen Närrinnen und Narren etwas zu bieten weiß.

Schweres Zugangsglück verblüht

Offenburg. Am Montagabend durchbrach ein mit 25 Personen besetzter Omnibus die Schranke bei der Kreuzung der Straße Appenweier-Oberkirch mit der Reichhaltbahn und blieb mitten auf dem Gleis stehen, wäh-

Ami wieder an. Auch die übrige Vorstandschaft, Theo Dittus als Schriftführer, Erich Haug als zweiter Vorstand, sowie Alex Jackle als Kassierer wurden unter Beifall bestätigt. Die passiven Beiräte, die Herren Ketterer und Neef, nahmen ihre einstimmige Wiederwahl dankend an.

Sangesbruder Sopp Schwer, der den Tribergern als „heimkehrender Sänger“ noch in bester Erinnerung ist, nahm Gelegenheit zu dem Hinweis, daß die „Theatergruppe“ ihre Mitarbeit auch für weitere Aufgaben anbieten werde.

Der offizielle Teil der Versammlung wurde mit der Andeutung des Vorstandes, daß die „Sängerlust“ am „Schmutzigen Donnerstag“ ihren traditionellen Kappabend abhalten werde, geschlossen.

Radsport-Verein Freiburg i. Br.

Am Freitag, den 3. 2., findet abends um 20 Uhr eine wichtige Versammlung statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Am Samstag, den 4. 2., abends um 20 Uhr findet in der Jahnhalle in Zähringen ein großer Unterhaltungsabend mit Tanz statt, wozu alle Mitglieder mit ihren Freunden und Bekannten herzlich eingeladen sind.

Abfahrtsläufe in Gaggenau

Am letzten Sonntag fanden im Hornisriedgebiet die Vereinsabfahrtsläufe des Sportvereins Gaggenau unter guter Beteiligung statt. Für die Jungmänner, Sonderklasse und Altersläufer wurde eine Strecke am Steilhänge des Ochsenstalles abgesteckt; für die Jugendlichen und Frauen fand der Abfahrtslauf an der Tullahütte statt. Die Ergebnisse sind:

1. Sieger und Vereinsmeister der Abfahrtsläufe: Walter Meier mit 15 Sek. 2. Fritz Lutz 16 Sek. 3. Walter Ahr 20 Sek. Sonderklasse: 1. Adolf Seidel 18 Sek. Altersklasse II: Walter Wild 26 Sek. Altersklasse III: 1. Karl Kohlbecker 2. Adolf Ball.

Abfahrt in der Tullahütte: Altersklasse I: 1. H. Gerisch 29.5 Sek. 2. Hubert Maisch. Jugend männlich: 1. Christof Kohlbecker 22 Sek. 2. Karlheinz Kohlbecker 25 Sek. Jugend weiblich: 1. Helga Wild 33 Sek. Mädchen- und Frauenklasse: 1. Elfriede Ahr 43 Sek. Anfänger weiblich: 1. Hannelore Pfeffer. Fortgeschrittene männlich: 1. Kurt Wild 28.5 Sek. 2. Schüren 29 Sek. 3. Helmut Hirth 30.5 Sek. Verschränkte Hermann Stöber 34 Sek.

Rastatt. Die Funktionärsitzung der Ortsgruppe Rastatt am heutigen Freitag fällt aus. Dafür besuchen alle Funktionäre am kommenden Sonntag, 5. Februar, morgens 9 Uhr die Kreisversammlung im Gasthaus zum „Dyhl“ in Rastatt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird zur Pflicht gemacht.

Kreis Bühl. Am Sonntag, den 5. Februar, 8.30 Uhr, findet im „Feldschlösschen in Achern unsere regelmäßige monatliche Kreismitgliederversammlung statt. Gen. Fels vom Sekretariat der Landesleitung wird anwesend sein. Tagesordnung: 1. Ideologische und politische Festigung der Partei. 2. Organisationsfragen. 3. Verschiedenes.

Kreis Offenburg. Am Sonntag, den 5. 2. 1950 findet um 9 Uhr im Gasthaus Wiede, Offenburg, Hauptstraße 115, Nebenzimmer die diesmonatliche Kreisarbeiter-Konferenz statt. Das Hauptreferat hält Gen. Büche von der Landesleitung. Die Tagung endet um 13 Uhr.

Kreis Emmendingen. Am Sonntag, den 5. Februar, vormittags 8.30 Uhr, findet in Emmendingen, Hebelstr. 1 unsere fällige Kreisversammlung statt. Ein Genosse der Landesleitung referiert über die Resolution des Parteivorstandes. Die Genossen der Ortsgruppe Emmendingen sind dazu eingeladen.

Kreis Waldshut. Am Sonntag, den 5. 2. findet die fällige Kreisversammlung in Anwesenheit eines Mitgliedes der Landesleitung statt. Alle Funktionäre des Kreises Waldshut und die interessierten Genossen werden gebeten, sich sofort mit dem Gen. Fink, Poststraße 2a, in Verbindung zu setzen, wo sie Ort und Stunde der Konferenz erfahren werden. Bis zum Redaktionsschluss waren der Redaktion nähere Einzelheiten noch nicht bekannt.

Singen. Am 5. Februar 1950 früh 9 Uhr im „Deutschen Hof“ Kreisfunktionär-Konferenz. Ref. Gen. Erwin Eckert. Alle Parteifunktionäre und alle Genossen, die in anderen Organisationen Funktionen ausüben, sind zur Teilnahme verpflichtet. Alle anderen Genossen sind herzlich dazu eingeladen.

Freiburg. Am kommenden Freitag findet in den Räumen der Landesleitung die wöchentliche Funktionärschulung statt. Alle Funktionäre einschl. der Unterkassierer, Wohngruppenleiter und Betriebsgruppenfunktionäre finden sich pünktlich um 20 Uhr im Sitzungsraum ein. Thema: Resolution des PV, Weiterführung der Diskussion vom vergangenen Freitag.

Konstanz. Am Samstag, den 4. Februar, um 20 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof „Bodan“, Rosgartenstraße. Es spricht Gen. Erwin Eckert.

Schwierigkeiten der AOK Konstanz

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Konstanz fand am vorigen Montag unter dem Vorsitz von H. Hensler die erste diesjährige Sitzung des Kassenvorstandes statt. Der Geschäftsführer der Kasse, Verw.-Dir. Riegger erstattete einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Wiederzulassung der Ersatz- und Betriebskrankenkassen für die AOK Konstanz bisher einen Mitgliederverlust von etwa 3000 zur Folge hatte. Infolge der geplanten Wiedererrichtung einer Betriebskrankenkasse bei einem größeren Werk in Radolfzell ist ab 1. April mit einem weiteren Abgang von etwa 700 Mitgliedern zu rechnen.

Infolge der vorausschauenden Beitragspolitik der Verwaltung, des Vorstandes und des Kassenausschusses hat sich trotzdem, und trotz der stetig steigenden Ausgaben,

die Finanzlage der Kasse in den letzten Monaten des vergangenen Jahres ständig verbessert, wenn auch die Rücklagen, die durch die Währungsreform von 1948 zum größten Teil verloren gegangen sind, in dieser kurzen Zeit noch nicht wieder auf die gesetzlich vorgeschriebene Höhe gebracht werden konnten. Eine vorsichtige Finanzgebarung ist daher nach wie vor erforderlich, zumal das inzwischen eingetretene strenge Winterwetter eine Steigerung der Krankheitshäufigkeit und damit der Kassenausgaben erwarten läßt.

Nach eingehender Aussprache stimmte der Vorstand der von den Stadtverwaltungen Konstanz und Radolfzell geforderten Erhöhung der Verpflegungskosten für die Versicherten der Kasse im Stadt. Süglingsheim und Kleinkinderkrankenhaus Konstanz, im Stadt. Krankenhaus Radolfzell zu. Den Forderungen des Stadt. Krankenhauses Singen jedoch glaubte der Vorstand nicht entsprechen zu können und beschloß, diese Anstalt nur noch die Versicherten zuzuwiesen, die in Singen ihren Wohnsitz haben.

Schließlich beschloß der Vorstand nach eingehender Prüfung der finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme, dem Krankenkassenausschuß, der dafür zuständig ist, eine Erhöhung des Krankengeldes von 50 auf 60 Prozent vorzuschlagen. Ferner sollen die Familienzuschläge zum Krankengeld neu gestaffelt und schon vom 2. Kind ab, statt wie bisher erst bei 3 Kindern, bewährt werden. Der Ausschuß wird voraussichtlich Ende Februar oder Anfang März zusammentreten und zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen.

Erfolgreiche Fachkurse in Triberg

Triberg. In der vergangenen Woche waren 35 Lehrlinge und 25 Gesellen und Meister, insgesamt 60 Personen, in Triberg versammelt, um einen Spezialkursus über Heiztechnik des Landesinnungsverbandes südbadischer Ofensetzermeister zu absolvieren. Unter der Leitung von Ofensetzermeister Josef Stark von Denklingen und Ofensetzer Hermann Buchs von Kändern und Rudolf Keßler von Donaueschingen war eine Woche frohen und fleißigen Arbeitens, um das gesteckte Kursziel zu erreichen. Drei Spezial-Ingenieure des Braunkohlensyndikates in Köln und des Steinkohlensyndikates in Essen halfen beim Unterricht mit, um insbesondere die jetzt wieder auftretende Möglichkeit der Beheizung mit Kohle und Brikkets darzulegen.

Eine Lehrlingsprüfung wurde zu Ende des Kurses eingelegt, um zu prüfen, was die Lehrlinge aufgenommen, und was die Lehrer noch besser machen können. Im Anschluß an den Kurs fand noch eine Tagung des erweiterten Vorstandes des Landesinnungsverbandes südbadischer Ofensetzermeister statt, die von 32 Teilnehmern besucht war. In überaus fruchtbarer Arbeit wurden ganz neue Grundlagen für eine Lehrlingsfachschule und deren Finanzierung gelegt.

Bergwacht Freiburg i. Br.

Am Sonntag, 5. 2., find folgende Stationen der Bergwacht besetzt: Feldberggebiet: Feldberger Hof, Hebelhof, Naturfreundehaus am Baldenweg, Buck. Schauinslandgebiet: Hotel Burggraf, Berghotel, Notschrei, Berglusthaus am Hohbühl.

Keine Soforthilfe ausbezahlt

Villingen. Es ist bei den Vertröstungen und Unzulänglichkeiten, die seit 1945 den Millionen Vertriebenen und Fliegergeschädigten willfahren sind, nicht verwunderlich, daß sich eines Großteils der Geschädigten eine tiefe Verbitterung bemächtigt hat, deren volles Ausmaß nur der ermannen kann, der alltäglich einen Einblick in ihr Elend hat. In einer außergewöhnlich stark besuchten Versammlung des Ortsvereins des Bundes der Fliegergeschädigten wies der Redner nach, daß es wohl möglich ist, trotz der jetzt schon starken steuerlichen Belastung jedes einzelnen Mittel und Wege zu finden, nicht nur ihr Recht anzuerkennen, sondern auch durch einen gerechten Lastenausgleich für eine Entschädigung zu sorgen. Er erläuterte den vom Zentralverband zusammen mit den Verbänden der Flüchtlinge ausgearbeiteten Entwurf zu einem Lastenausgleichsgesetz. Es würde zu weit führen, hier den fast zweistündigen Vortrag noch weiter zu erläutern, aber während und nach dem Vortrag von den Anwesenden gesendete starke Beifall zeigte, daß die vom Bunde der Fliegergeschädigten und Flüchtlinge geleisteten Vorarbeiten für den hoffentlich jetzt bald kommenden Lastenausgleich anerkannt wurden.

Zur Soforthilfeaktion machte der 1. Vorsitzende Walter Harenberg einige allgemein interessierende Ausführungen. Die Mitteilung, daß z. B. in Villingen vom Amt für Soforthilfe von den eingereichten vielen Anträgen auf Soforthilfe von Fliegergeschädigten bis zur Stunde nicht ein einziger Antrag behandelt bzw. bezahlt wurde, nahmen die Anwesenden mit Bedauern zur Kenntnis. „Soforthilfe“ sollte „sofort helfen“, so meint man, die Wirklichkeit sieht aber leider ganz anders aus.

Vom Roten Kreuz Ueberlingen

Die Kreisstelle des Roten Kreuzes bringt den Dank der Organisation zum Ausdruck für das reiche Ergebnis der Haussammlung in der Zeit vom 15. bis 22. Dezember 1949. An erster Stelle steht hier das Sammel-

Wir hören heute

Freitag, den 3. Februar 1950
Deutschlandsender

8.00 Nachrichten; 11.10 Musik für die Hausfrau; 12.50 Landfunk; 13.00 Nachrichten; 13.15 Musik zu Tisch; 14.15 Jugendfürsorge in Deutschland; 15.20 Nachrichten für Arbeitslose; 15.25 Unterhaltungsmusik; 16.30 Paula Matuschke, Reinemachefrau im Weißen Haus der westdeutschen Hauptklosterstadt Bonn, erzählt; 17.00 Nachrichten aus allen Ländern; 17.10 Literarische Umschau; 17.25 Achtung, Lumpenpack und Pöbel, das Neueste von der Demontage; 17.50 Jenseits unserer Grenzen, aus westlichen Ländern; 18.40 Die Wahrheit über Amerika; 19.03 Nachrichten und Kommentar; 19.20 Mein kleines Glück ist die Musik; 20.30 Scherz und Satire; 21.00 Wir sprechen für Westdeutschland; 21.35 Aus der Sowjetunion; 22.00 Nachrichten und Kommentar; 23.15 Volkshochschule.

Radio Leipzig

7.00 Nachrichten; 11.20 Musik; 13.00 Nachrichten; 15.00 Kammermusik; 15.30 Einer sagt die Wahrheit 15.50 Nachmittagskonzert; 16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen; 18.40 Die Wahrheit über Amerika; 20.00 Operettenkonzert; 22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland; 23.40 Geist und Tat, Hörfolge um Heinrich Mann.

Südwestfunk

12.20 Mittagskonzert; 18.30 Schallplatten-sendung; 20.00 Kammermusik; 20.45 Hörfolge; 22.30 Musik zur Nacht.

Die alte Narrenstadt ist bereit

Zell i. W. Die Fastnachtsgesellschaft Zell und die Bevölkerung geben sich alle Mühe, daß der dritte Verbandstag der Badischen Narrenzünfte am 4. und 5. Februar zu echten nährischen Festtagen werde. Der Oberrundmeister Harry Schaefer, Freiburg, und der Marschall der Breisgauer Narrenzunft, Herrmann Meßmer, kamen dieser Tage in die alte Narrenstadt, wo sie zusammen mit dem Zeller Elferat und den Vertretern der Arbeitsausschüsse die letzten Vorbereitungen getroffen haben. Wenn nun am 4. und 5. Februar 16 Zünfte und Gilden vom Breisgau, Kaiserstuhl, Hüllental aus dem Markgräflerland, Rhein- und Wiesental und aus der historischen Fauststadt Staufen sich in den Mauern der alten Narrenstadt ein Stelldeich und rund 4000 Mitwirkende eine bunte Schau bodenständigen Brauchtums geben, so werden diese beiden Narrenfesttage viele tausend Besucher anlocken. Aus Offenburg fährt ein Verwaltungsverband nach Zell, und auch aus anderen Richtungen die Bahnsonderzüge zum großen Narrentreffen einlegt.

In kurzer Vorschau sei das Programm aufgezeigt, wie es vor einigen Tagen von der Verbandsleitung festgelegt wurde. Das große Interesse richtet sich natürlich auf die Darbietungen der Zünfte und Gilden, für die der Verband Badischer Narrenzünfte verantwortlich ist. Dabei werden die Auswärtigen und auch die Zeller die ältesten Fastnachtstraditionen der historischen Zünfte kennenlernen. Das Programm soll nichts anderes bringen, als etwas Lebensfreude. Das Muckertum soll am großen Narrentreffen aus der Stadt verschleudert werden.

Das Programm

Als Einleitung ist am Samstag, 4. Februar, 17.50 Uhr, der Empfang der mit dem Sonderzug Offenburg-Zell eintreffenden Zünfte, Gilden und Gäste. Um 20 Uhr beginnt der große Zunftabend im Saal der Weberei Zell mit den Aufführungen der Gilden und Zünfte. Das Programm wird

durch den Oberrundmeister eröffnet und beginnt mit dem historischen Breisacher „Dreyer-Tanz“. Es folgen die Darbietungen der Endinger „Jokili“, der Freiburger „Fleckenhäs“, der Kenzinger „Wellenengel“. Es treten die „Höllenzunft“ aus Kirchzarten, der „Tellerschlecker“ der bekannten Lörracher „Zunft“ auf, die „Lohrer Zunft“, die Stettener „Zigeuner“. Es werden die Breisgauer Gauklerreigen vorgeführt, die „Neuenburger Rhischnoke“ bringen einen Gruß aus dem Markgräflerland, der „Remigi von Händere“ bietet historisches Brauchtum, der „Schnurri-Tanz“ von Oberkirch wird aufgeführt. Es folgen Darbietungen der Rheinfelder „Dreyschiibe“, der Schopfheimer „Triller“, der „blaue Narre“ von Freiburg, der Schelmenzunft „Till Eulenspiegel“ aus Staufen, und als „Abschluss“ werden die Zeller „Schrätteli“ aufgeführt. Teilaufführungen finden im „Löwen“ und „Kranz“ statt.

Der Sonntag, 5. Februar, beginnt mit dem Convent der Zunftmeister um 10 Uhr im „Schwanen“. Um 11.11 Uhr ist der Empfang des Oberrundmeisters, der Verbandsleitung und der Zunftmeister im Rathaus. Um 13.30 Uhr beginnt der große Umzug vom Gasthaus „Wilder Mann“ durch die Hauptverkehrsstraßen, und um 14.30 Uhr werden im Festsaal die Zunftvorführungen vom Samstag wiederholt. Um 17.30 Uhr beginnt in der Kirchstraße das bekannte „Altweiberrennen“ der Zeller Narren. Um 19.06 Uhr fährt der Sonderzug nach Offenburg zurück. Für die nähere Umgebung werden spätere Sonderzüge eingelegt. Am 4. und 5. Februar jeweils nach Schluß des Zunftabends sind Maskenbälle im Zunftsaal.

Die Bevölkerung wird gebeten, die Häuser mit Tannengrün, Fähnchen und Girlanden zu schmücken und abends die Fenster zu illuminieren. Tannengrün stellt die Stadt zur Verfügung. Dabei soll nach Möglichkeit das Stadtbild einheitlich in den Stadtfarben rot-weiß geschmückt und reichlich beflaggt werden. (w.)

Der Sport am Wochenende

Fußball im Matsch oder Schnee?

Mit großer Vorsicht wird man diesmal an die Voraussagen für die Spiele am kommenden Sonntag herangehen müssen. Das Durchwachen von Schnee, Regen, Frost und Tauwetter hat die Spielfelder in einen Zustand versetzt, daß von normalem Spielverlauf in den meisten Fällen kaum die Rede sein kann. Die Ergebnisse werden davon abhängen, wie die einzelnen Mannschaften sich mit den Bodenverhältnissen abfinden können. Man wird also mit noch mehr Sensationen rechnen müssen als bei „normalen“ Verhältnissen schon der Fall ist.

Süddeutsche Oberliga

Zu den Mannschaften, die sich auf morastigem Boden schon immer nicht recht durchsetzen konnten, weil ihr ausgefeiltes, technisch vollendetes Kombinationsspiel gute Bodenverhältnisse braucht, gehören die Waldhöfer. Nicht weniger als 6:0 haben sie im Vorspiel die Offenbacher Kickers auf dem Biberer Berg überbarrt. Waldhof wird sich, wenn am Sonntag kein trockenes Spielfeld vorhanden ist, sehr von den Bewachungelüsten der Offenbacher in Acht nehmen müssen, die bekanntlich bei ihrem letzten Besuch in Waldhof Punkteteilung erzwingen. Der VfR

Mannheim hat in seinen letzten drei Spielen gegen Schwaben Augsburg alle Punkte geholt, mit einem Torverhältnis von 10:1. Er müßte auch am Sonntag in Augsburg gewinnen können, so verzweifelt sich der Tabellenletzte auch wehren wird. Vorausgesetzt allerdings, daß der VfR aus seinen schlimmen Erfahrungen mit den Münchener Spielen im Schnee gelernt hat. Der FSV Frankfurt hat sich in München von den 1986ern mit seinem Sicherheits-System zwei Punkte erobert. Dismal werden die Münchner sich vielleicht besser auskennen, wie der Frankfurter Riegel zu umgehen ist. Daß die Stuttgarter Kickers einmal den FC Augsburg auf dessen Platz 7:2 schlagen konnten, klingt heute schon märchenhaft. Sie werden in ihrer jetzigen Form Mühe haben, abermals beide Punkte zu behalten. Auch der 1. FC Nürnberg hat eine schwere Abfuhr durch den VfB in Stuttgart wettzumachen, das wird aber auch nicht so einfach sein. Schweinfurt und die Frankfurter „Eintracht“ spielen in Frankfurt unentschieden, eine Wiederholung des Remis in Schweinfurt liegt nahe. Wenn die Münchner Bayern mit Streitle antreten können, müßten sie gegen Mühlburg gewinnen. Fürth könnte in Regensburg stracheln.

Schwerpunkte Hechingen und Freiburg

Südliga

Nach dem sensationellen Sieg des Tabellenletzten Hechingen in Singen kommt dem Treffen Hechingen - Freiburger FC besondere Bedeutung zu. Sollte der Meister seine Formverbesserung auch in Hechingen durch einen Sieg bestätigen, dann könnte er den Anschluß an die Spitzengruppe wieder erreicht haben. Den ersten Drei der Tabelle droht nämlich in schweren auswärtigen Spielen Punktverlust. Mit gemischten Gefühlen wird Tübingen zum zweitenmal die Reise nach Freiburg antreten, wo es vor drei Wochen beim FFC so schwer unter die Räder kam. Auch der Sportclub hätte das Zeug dazu, den Tübingern die zweite Niederlage in Freiburg beizubringen. Nach seiner Niederlage auf eigenem Platz durch den Tabellenletzten wird man dem Tabellenführer Singen einen Sieg in Konstanz kaum noch zutrauen können. Auch Reutlingen droht in Villingen Punktverlust, gelang doch schon beim Vorspiel in Reutlingen nur ein knapper Sieg mit 2:1. Kuppenheim wird auch das Rückspiel gegen Schweningen gewinnen und Lehr sollte in der Lage sein, für die knappe Niederlage in Trossingen Revanche zu nehmen.

Auch der Tabellenzweite Achern wird es in Gottmadingen nicht leicht haben, kam er doch schon auf eigenem Platz über ein 1:1 nicht hinaus. Schopheim und Lörrach werden sich einen scharfen Gang um den vierten Tabellenplatz liefern, wobei Lörrach im Falle einer Wiederholung seines Vorspielsieges mit Schopheim punktgleich werden würde. Auch im Mittelfeld der Tabelle könnte es Verschiebungen geben. Gutach ist in Abstiegsgefahr und wird sich diesmal mit einer Punkteteilung mit Ottenau nicht zufrieden geben. Die gleiche Absicht wird Blaueis Freiburg im Spiel gegen Rheinfeldern haben. Der Tabellenvorletzte Furtwangen braucht dringend eine Revanche gegen Stockach, um weiter von der Gefahrenzone fort zu kommen. Ebenfalls im Zeichen der Abstiegsgefahr steht das Treffen Emmendingen - ASV Freiburg und die Freiburger wären gewiß mit einer abermaligen Punkteteilung zufrieden.

Das Endspiel um den Bundespokal des DFB findet am 19. März zwischen den beiden Endspielmannschaften Bayern und Südwest im Stuttgarter Neckarstadion statt.

Abschaffung der Vertragsspieler in der württ. Landesliga

Der württembergische Landesligist Normannia Gmünd hat die Vereine der württembergischen Landesliga zu einer Tagung eingeladen. In privater Aussprache soll zur Abschaffung der Vertragsspieler in der Landesliga Stellung genommen werden.

Quer durch den Sport

Die Schweiz Weltmeister im Zweierbob. Weltmeister im Zweierbob wurde am Sonntag in Cortina d'Ampezzo (Italien) der Bob Schweiz I (Feierabend und Wasser) vor dem Bob USA I.

Blumberg - Donaueschingen 4:2

Das Treffen dieser zwei Gegner endet mit einem klaren und verdienten Sieg der Platzherren. Das Spiel zeigte in der ersten Halbzeit bereits eine deutliche Überlegenheit der Blumberger, welche sich in der zweiten Halbzeit noch verstärkte.

Blumberg II - Donaueschingen II 1:5
Blumberg Jgd. - Donaueschingen Jgd. 1:3

Treffen des Badischen Turnerbundes. Im Monat März soll in Waldshut ein Treffen des Badischen Turnerbundes stattfinden. Die Gauen der französischen Zone sollen je acht offizielle Vertreter entsenden.

Man erwartet auch zahlreiche Turner aus der Schweiz.

Motorsport auf dem Titisee

Bei der vom Badischen Automobil-Club (im ADAC) für den 5. Februar 1950 ausgeschriebenen Wintermotorsport-Veranstal-

tung auf dem Titisee wurde die Geschicklichkeits-Prüfung gestrichen, um Ski-Jöring, Slalomfahrt für Kraftfahrzeuge und Ausschidungs-Ski-Jöring weiter auszubauen. Die Veranstaltung erfährt durch ein Eishockey-Wettpiel zwischen einer Basler und einer Schweningener Mannschaft eine weitere Bereicherung.

Schauturnen in Herbolzheim

Bei einem Schauturnen der Herbolzheimer Turnerschaft am Sonntag wurde von den Jungturnern bis zur alten Herrenriege im Einzel- wie im Gruppenturnen vorzügliche Leistungen gezeigt.

Das reichhaltige Programm zeigte allgemein die sportliche Höhe, in welcher der Verein dank unermüdeten Strebens steht.

Auf 56 Fahrer wurde die Teilnehmerzahl für die Schweizer Radrundfahrt 1950 beschränkt. Für dieses Rennen erhielt jedes eingeladene Land 3 Plätze reserviert. Sollte Deutschland im März in Paris in die UCI aufgenommen werden, ist auch eine Teilnahme deutscher Fahrer vorgesehen.

Ist das kein Grund zur Beunruhigung?

Weitere 1910 Arbeitslose im Amtsbezirk Heidelberg innerhalb von 14 Tagen

Alein in der Tabakindustrie wurden im Monat Dezember 1949 1300 Frauen entlassen. Gerade die Massenentlassungen in der Zigarrenindustrie trugen wesentlich zur katastrophalen Arbeitsmarktlage im Bezirk Heidelberg bei.

Bereits nach dem ersten Weltkrieg war infolge des schwachen Zigarrenverbrauchs die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie beträchtlich angestiegen, doch hatte sich später der Umsatz von Zigarren von Jahr zu Jahr gesteigert, ist aber heute auf ein Drittel der Produktion von 1939 abgesunken.

Diese Tatsache wirkte sich in der im Bezirk Heidelberg stark vertretenen Tabakindustrie derart aus, daß unter den 2047 Zustimmungen des Arbeitsamtes für Entlassungen sich allein 1639 Zigarrenarbeiter und 61 Beschäftigte einer Wickelformfabrik befinden. Von diesen Entlassungen sind rund 80 Prozent Frauen.

Segelflugsport in der DDR erlaubt

Anlässlich der Wiederzulassung des Segelflugsports in der Deutschen Demokratischen Republik brachte die „Berliner Zeitung“ einen Erlebnisbericht zweier FDJ-Mitglieder über ihren Besuch in einer ungarischen Segelflugschule, der wir nachstehende Auszüge entnehmen.

Die Tage darauf ließ der Wind nach. Es wurde mit einem alten 8-Zylinder Buffalo an der Winde geschult. Typischer Windenwagen übrigens: die Scheiben fehlten, die Türen waren verschwunden, die Winker zur Hälfte zerbrochen, im Innern zeugten Polsterfedern von der einstigen Pracht, die dieses Fahrzeug besaß. Wenn sie in Ordnung war, lief sie ausgezeichnet. Leider war das nicht oft der Fall. Sie hatte ihre Mücken. So war auch ein Segler diesmal wieder bei 50 m Sicherheitshöhe geschleppt worden, als sie plötzlich nicht mehr mitmachte. Motor-teile durchleuchtete die Gegend, es knallte fürchterlich und wenig später hatte sie sich den Blicken der Anwesenden durch dicke Rauchwolken entzogen. Der Pilot klinkte aus... gerade noch rechtzeitig, denn sonst hätte die Windenbedienung durch das abfallende Seil, das möglicherweise auf die hinter der Maschine stehenden Hochspannung gefallen wäre, elektrisiert werden können.

Nach all dem Schrecklichen schickte man die Winde zur Reparatur. Drei Tage später war sie fertig. Gerd und ich fuhren mit, sie abzuholen. Mit 60 Sachen durchleuchtete wir Budapest, dann kam die Serpentinstraße. Zuerst ging alles gut. Es war warm und ein Rudel Segelflieger hing in Badehosen an den

In den letzten 3 1/2 Monaten wurden rund 550 Jugendliche auf die Straße geworfen. Schon im Dezember 1949 gab es 1030 arbeitslose Jugendliche bis zu 18 Jahren und 2900 von 18 bis 25 Jahren. Außerdem warteten 1400 Jugendliche, die letztes Jahr aus der Schule kamen, auf eine Lehrstelle. Somit gab es Ende Dezember 5350 Jugendliche ohne Arbeit, was einen Anteil von rund 40 Prozent aller Erwerbslosen darstellte.

Betriebsbeschließungen - Entlassungen - Kurzarbeit

In Sulzfeld, Kr. Sinsheim, hat die Strumpf- und Wirkwarenfabrik Wütnner ihren Betrieb geschlossen und damit 98 Arbeitskräfte existenzlos gemacht. In der Textilindustrie ist die Arbeitslosigkeit bis Ende Dezember um 64 angestiegen, so daß es jetzt rund 160 arbeitslose Textilarbeiter und -arbeiterinnen im Arbeitsbezirk Heidelberg sind.

Trittbrettern, saß auf, und halb im Motor. Plötzlich wieder das bekannte Knallen, Zittern, Krachen... sie stand! Aber was war das? Die Bremsen funktionierten nicht richtig, und das Ding rollte langsam rückwärts. Wie der Blitz verschwanden die Trittbrettfahrer im nahen Wald. Große Steine wurden unter die Räder gewälzt.

Am nächsten Tage startete Gerd zum ersten Alleinflug auf ungarischem Boden. Die Winde zog an, die „Vöcsök“ hob sich vom Boden ab. Wenige Sekunden später fiel das Windenseil ab. Ein paar Vollkreise, Einbiegen zur Landegasse. Mit großer Höhe erschien Gerd über dem Startplatz. Links Querruder, rechts Seitenruder. Der Segler ließ den linken Flügel hängen und schob links. Mit unheimlicher Geschwindigkeit sauste er über das Landekreuz. Es war nur noch das Pfeifen der Spannkabel zu hören. Hinten am Wege setzte er auf. „Ausgezeichnete Gleitwinkel“, meinte Gerd zu mir, als ich mich zum Start fertig machte. Nun das selbe noch einmal. Ebenfalls in großer Höhe erschien ich über dem Landekreuz. Slip - zu spät. Mit doppelter Normalgeschwindigkeit ging es über ein Maisfeld. Die Kolben knallten so stark gegen die Rumpfvorkeilung, daß ich dachte, der Rumpf wolle auseinanderfliegen. Maisblüten und -Körner lagen in Mengen auf meinem Schoß. Hinten den Weg, den mußst du schaffen!“ dachte ich. Ein Graben wurde noch übersprungen, dann setzte die „Vöcsök“ auf. rutschte noch ein Stück und stand. Auch ich hatte die Leistung des Typs beträchtlich unterschätzt.

In der Holzindustrie hat sich bei der Fabrik Kurz in Neckargemünd in den letzten Monaten die Beschäftigtenzahl von 97 auf 38 verringert. Ob weitere Entlassungen noch vorgenommen werden müssen, ist zurzeit noch nicht abzusehen, praktisch aber auch nicht möglich, da sonst der Betrieb als ganzes überhaupt nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

In der Bekleidungsindustrie wurde bei der Firma Gustav Hoffmann, Heidelberg, die Arbeitszeit von 48 auf 32 Stunden in der Woche gekürzt und bei den Badenia-Lederwerken in Wiesloch sechs Männer und 62 Frauen entlassen und für die restliche Arbeitnehmererschaft Kurzarbeit eingeführt. Die Firma Löchner und Döppel in Wiesloch hat ebenfalls ihre wöchentliche Arbeitszeit auf 32 Stunden herabgesetzt. Auch bei der Firma Otto Siebeck, Schuhfabrik in Eberbach, wurden wegen Auftragsmangel 65 Arbeitskräfte entlassen und Kurzarbeit soll eingeführt werden. In Dielheim wurden bei der dortigen Filiale der Firma Peki-Kleidung, Heidelberg, 35 Entlassungen vorgenommen.

Auch im Baugewerbe hatte im Dezember, trotz der damals noch günstigen Witterungsverhältnisse, die Entlassungswelle weitere 517 Baufach- und Bauhilfsarbeiter erfaßt. Seit Oktober letzten Jahres waren auf diesem Sektor 750 Entlassungen vorgenommen worden.

Wir glauben nicht mehr an den „Storch“!

Diese wenigen Beispiele zeigen, in welchem Umfang sich der Niedergang der westdeutschen Wirtschaft vollzieht. Sprunghaft klettert die Arbeitslosenziffern in die Höhe, und diese erschreckende Feststellung ist für den „Arbeits“-Minister Storch keineswegs beunruhigend.

Die Arbeiter in den Betrieben und Stellen, die heute die Schlangen vor den Stempelstellen bilden, sprechen von ihm nicht mehr als vom Arbeitsminister sondern vom Arbeitslosenminister. Bei ihnen würde es zum geflügelten Wort, daß sie nicht mehr an den „Storch“ glauben.

Mit diesem ironisierenden Spruch ist es jedoch nicht getan. Beißender Spott ersetzt noch nicht die erforderliche Kampfkraft der Arbeiterklasse, die angesichts der Situation von Tag zu Tag wachsen muß, wenn nicht noch weitere Millionen schaffender Menschen die Geißel der Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen sollen. -ko-

Harmonie-Lichtspiele
Freitag, den 3.—9. Februar 1950
Ein Spitzenspiel der neuen-deutschen Produktion! Zwei Stunden beste Stimmung... Ein Film, auf den jeder wartet.

**ELFIE MAYERHOFER
HANS SÖHNKER**

*Geliebter
Lügen*

mit Gustav Knuth, Erich Pontö, Werner Fuetterer, Charlott Daudert, Hans Leibelt, Margarete Haagen. Regie: Hans Schweickart
Musik: Franz Grothe

Unsterbliches Schwabing-Künstlerfest im Dschungel. Eine lebenswürdige Filmkomödie im lebenswürdigen Milieu!

Neueste deutsche Wochenschau
Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr
Sonntag auch vorm. 10 Uhr
Vorverkauf tägl. 10—12 Uhr (Freikarten Samstag u. Sonntag ungültig)

CASINO Lichtspiele
Ab heute Freitag nur 4 Tage!
Die große deutsche Erstaufführung!
Attila Hörbiger und Eiki Eis, ein neuer Stern am Himmel der Kinderdarsteller, in:

Gottes Engel sind überall

Das tief ergreifende Schicksal eines verlorengegangenen Sohnes.
Hierzu: DAS HEILIGE JAHR
Eine große Filmreportage von den Eröffnungsfestlichkeiten in Rom.
I. Teil: Porta Santa, öffne Dich!
FOX tönende Wochenschau Jugendfrei

Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45 und 21 Uhr, Sonntag auch 10 Uhr

Bestellen Sie heute noch **UNSER TAG** Monats-Abonnement DM **2.50**

ZENTRAL-THEATER
Schiffstraße 9
Ab Freitag, 3. Februar: Die Sensation für alle Filmfreunde! Der größte Farbfilm, der bis heute erachtet!

Die Toten Schuhe

Anton Wallbrook • Marius Goring • Miro Shearer • Albert Bassermann
Bühnen-Produktion und Regie: Franz Seitz
Ein Antarktis-Film im Vorfeld der Ege-Loch

Ein Filmwerk von verschwenderischer Farbenpracht. Großartige Musik, faszinierende Balletkunst und eine der schönsten Liebesgeschichten

Anfangszeiten: werktags: 15, 18.15 und 21 Uhr
Sonntag: 13, 15.30, 18.15 und 21 Uhr

Casino-Restaurant
Ab morgen Samstag jew. 20.15 Uhr
Sensations-Gastspiel der bezaubernd-schönen internat. Ausstattungs-Revue

„Herzskarussell“

36 Bilder in einem Meer v. Licht und Farben. Mitwirkende: Babet Sabina v. Alhambra, Paris.
8 Mexicana-Accordion-Ladies 8, der Clou der Großstädte.
Jazzkönig Dion Rosner, Hedy Fiory, ital. Sängerin, Adam Müller, der bekannte Münchener Humorist, Mile. Torgo, Schönheitstänzerin u. a. m. werden ganz Freiburg begeistern! Kartenvorverkauf v. 16—18 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz! 2 Kapellen: 9 Mexicana-Accordion-Ladies u. Tanzkapelle Fred Sims... und abends 8 Uhr in die

CASINO-DIELE-BAR

Es spielt die beliebte Tanz-Kapelle Nico Kocken. Kabarett-Einlagen. Stimmung! Polizeistundenverlängerung

UNION-THEATER
Freitag, 3. 2. bis mit Montag! Nur 4 Tage! In Erstaufführung! Ein spannungsgecladener Wild-West-Film von unverfälschter Echtheit

Gesetz der Wildnis

RIN-TIN-TIN'S Rache

Cowboys, Pferdodiebe, Überfälle - Verfolgungsjagen - ein Wirbel packender Geschehnisse um Menschen, Tiere und Rin-Tin-Tin, den heldenhaften Wunderhund und Rex, das Satanspferd mit Bob Custer, Ben Turpin u. Cecilie Browne.
Fox tönende Wochenschau Jugendfrei

Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr
Vorverkauf tägl. ab 13 Uhr (Freikarten Samstag u. Sonntag ungültig)

Adler-Lichtspiele
Achern-Oberachern
Von Freitag 3., bis Mittwoch. 8. 2. 50

Cornwall Rhapsodie

Die zarte Liebesgeschichte zweier Menschen mit Margaret Lockwood, Stewart Granger und Patricia Roc im Beiprogramm: Der Justige Ski-Film „Blasius u. die Schneeteufel“
Wochentags, 20 Uhr, sonntags 15.00, 17.30 u. 20.00 Uhr
Sonntag, 20 Uhr numerierte Plätze
Samstags keine Vorstellung

Luftgewehre sind jetzt wieder frei!

Fallen
für Fuchs, Marder, Spatzen usw. Lockmittel Gifte, Preisliste anfordern, es lohnt.

E. Kieferle, Randegg 216/Baden

Marderfelle für Export gesucht, zahle hohen Preis. Geld sofort oder auf Wunsch erst Höchstgebot. Nehme die Tiere im Fleisch zum gleichen Preis u. vergüte Porto. Zusendung p. Postpaket erwünscht.

Zentral-Theater Emmendingen
Freitag—Montag!
Peter Voss der Millionendieb
Dienstag—Donnerstag!
Das andere Leben
Beiprogramm: Die Herrgottsschnitzer von Oberammergau
Anfangszeiten wie üblich

Tüchtiger, erfahrener
Schlichter
für Baumwolle u. Zellwolle zum sofortigen Eintritt gesucht
GEBRÜDER GROSSMANN
G. m. b. H.
Baumwollweberei
BROMBACH